

Beratungsstelle für soziale,
persönliche und finanzielle Angelegenheiten

SOZIAL- DIENST

für Erwachsene im
Bezirk Uster

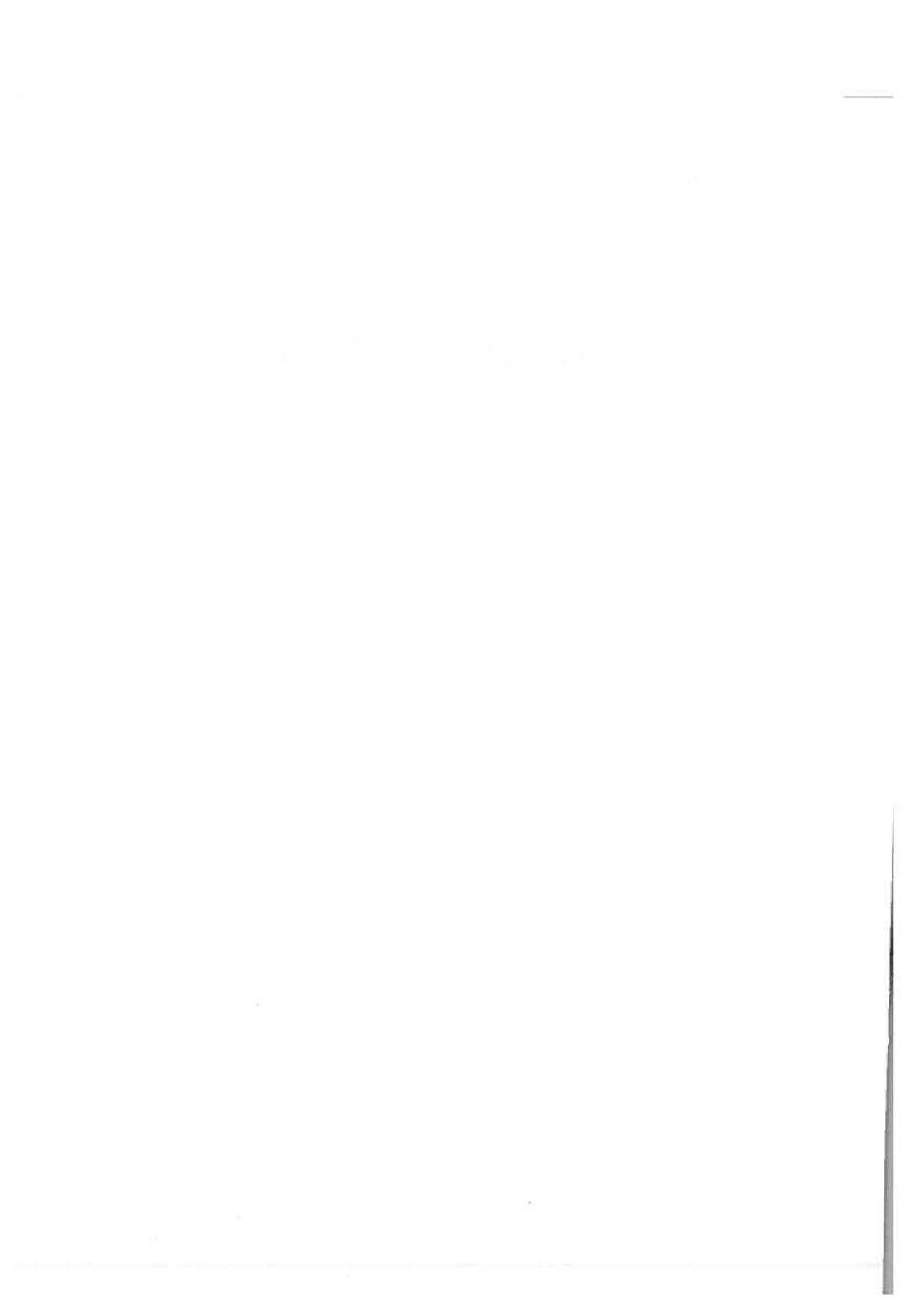
Bahnhofstrasse 42
8600 Dübendorf

Telefon 01/821 60 16

Jahresbericht 1991



Jahresbericht 1991



SOZIALDIENST FUER ERWACHSENE IM BEZIRK USTER

Bahnhofstr. 42
8600 Dübendorf

Tel.: 01 / 821.60.16
Fax: 01 / 821.61.21

Aufgabenbereiche

- Amtsvormundschaft für Erwachsene
- Beratung und Hilfe bei Alkohol- und Suchtproblemen
- freiwillige Beratung und Hilfe bei persönlichen, finanziellen und sozialen Problemen

Zuständigkeit

- für die 8 Zweckverbandsgemeinden Dübendorf, Egg, Greifensee, Maur, Mönchaltorf, Schwerzenbach, Volketswil und Wangen-Brüttisellen

MitarbeiterInnen(Stand 31.12.1991)

- Herr M. Freiburghaus, dipl. Sozialarbeiter, Leiter
- Frau U. Räber, dipl. Sozialarbeiterin (Teilzeit)
- Frau V. Schär-Buser, dipl. Sozialarbeiterin (Teilzeit)
- Frau Ch. Treu, dipl. Sozialarbeiterin (Teilzeit)
- Herr H. Weber, dipl. Sozialarbeiter
- Herr J. Wunderli, dipl. Sozialarbeiter
- Frau M. Weber, Rechnungssekretärin (Teilzeit)
- Frau C. Jucker, Sekretärin (Teilzeit)
- Frau G. Luigart, Sekretärin (stundenweise)
- Frau A. Zaugg, Sekretärin (Teilzeit)
- Herr M. Galli, Praktikant

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	1
Hauptartikel	
- Wohnen - gefährdetes Grundbedürfnis?	3
Klientenstatistik 1991 im Gesamtüberblick	12
Klientenstatistik nach Gemeinden	14
Problembereiche der Klienten	15
Uebersicht über die Klientenzuweisungen	16
Abschreibungsgründe der Beratungsfälle	17
Geschlecht und Alter der Klienten	18
Mitarbeit in Projekten und in der Suchtprävention	19
Rechnungswesen / Finanzadministration	20
Jahresrechnung	22
Betriebsinterner Jahresrückblick	23
Aufsichtskommission / Delegiertenversammlung	24
Delegiertenversammlung	25
.....und zum Schluss	26
Mitglieder der Zweckverbandsorgane	27

Vorwort

Das Verfassen des Jahresberichtes stellt uns immer wieder vor die Frage, ob es sich damit nur um das Erfüllen einer "Pflichtübung" handelt, oder ob es uns auch gelingt, eine vertieftere Auseinandersetzung mit den Inhalten unserer Arbeit in Gang zu bringen. Erfahrungsgemäss interessiert bei Adressaten von Jahresberichten vor allem das Zahlenmaterial. Für die MitarbeiterInnen des Sozialdienstes stellt das thematische Zusammentragen der Inhalte des Berichtes und das Verfassen des Hauptartikels eine wichtige Standortbestimmung dar. So betrachtet, wird der Jahresbericht zu einer sinnvollen Orientierungshilfe in unserer Arbeit. Wir nehmen zu Inhalten unserer Arbeit Stellung, die im abgelaufenen Jahr für unsere Arbeit prägend, bedeutsam, aktuell gewesen sind.

Unter dem Titel **"Wohnen - gefährdetes Grundbedürfnis?"** setzen wir uns mit der in unserer Arbeit zunehmend spürbarer werdenden Wohnraumnot auseinander. Ein Zuhause haben, ist für die meisten Menschen bei uns glücklicherweise noch eine Selbstverständlichkeit; ein gesichertes Grundbedürfnis hingegen ist es nicht mehr. Die Zahl von Menschen ohne gesichertes Obdach nimmt zu. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig, die möglichen Massnahmen zur Behebung dieses Mangels ebenfalls. Auch die öffentliche Sozialhilfe ist herausgefordert, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um zur Linderung des Wohn- und Obdachproblems beizutragen. Dabei gilt es zu beachten, und dies gilt für unsere Arbeit ganz allgemein, dass wir nicht nur verantwortlich sind für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.

Der Hauptartikel im vorliegenden Jahresbericht, es handelt sich dabei um persönliche Gedanken der Verfasser, hat zum Ziel, Anregungen und Denkanstöße zum aufgeworfenen Problembereich zu vermitteln, ohne den Anspruch zu erheben, damit das Problem aus der Welt zu schaffen.

Dübendorf, im Februar 1992

M. Freiburghaus, Leiter

Wohnen - gefährdetes Grundbedürfnis?

(Gedanken zu einem aktuellen Problem in unserer Arbeit)

Wie jedes Lebewesen hat auch der Mensch Grundbedürfnisse. Sie können grob in physische (wie Nahrung, Luft) und psychische (wie Anerkennung, soziale Zugehörigkeit) Bedürfnisse unterteilt werden. Volle körperliche und seelische Gesundheit erfordert die Befriedigung aller Grundbedürfnisse. Bei ausbleibender Befriedigung (z.B. bei zu wenig Schlaf) treten unausweichlich körperliche und/oder seelische Mangelerscheinungen und Krankheiten auf. Das benötigte adäquate "Mittel" zur Befriedigung kann auch nicht durch ein Mehrfaches eines anderen ersetzt werden. Durst wird deshalb nur durch Trinken von Flüssigkeit gelindert. Die meisten Menschen - speziell in unseren Breitengraden - würden **Wohnen**, wohl ohne zu zögern, als eines ihrer wichtigsten Grundbedürfnisse bezeichnen. Wer über keinen gesicherten Wohnraum verfügt, läuft Gefahr, körperlichen Schaden zu erleiden. Es erstaunt daher, dass aus diesem menschlichen Grundbedürfnis nicht automatisch eine Forderung **"Recht auf eigenen Wohnraum"** abgeleitet wird. Weder in der Bundesverfassung, noch in den Menschenrechten der UNO oder der Sozialcharta des Europarates, wird ein solches Recht ausdrücklich postuliert. Wird Wohnraum als etwas so Grundlegendes wie Nahrung, Luft oder Wasser angesehen, dass es deshalb keiner speziellen Erwähnung bedarf? Wenn dem so ist, so werfen die zunehmenden Spannungen auf dem Wohnungsmarkt und die steigende Zahl von Obdachlosen die Frage auf, wieso die Behebung dieser Probleme in unserem reichen Land keine Selbstverständlichkeit darstellt.

Was bedeutet Wohnraum für den einzelnen Menschen?

Es gibt wohl kaum jemanden, der die Bedeutung der "eigenen vier Wände" als wichtigen Gradmesser für sein Wohlbefinden in Frage stellen würde. Sie bedeuten weit mehr, als einfach ein Dach über dem Kopf zu haben. Wir finden darin Sicherheit, Geborgenheit, Schutz und Intimität. Sie ermöglichen uns Selbstverwirklichung und die Pflege von Beziehungen. Nicht selten werden sie zum Spiegel unseres seelischen Zustandes. Selbst für Nomaden sind Zelt, Tipi oder Wohnwagen Zentrum und Fixpunkt der Lebensbezüge. Der Verlust oder das Fehlen einer solch wichtigen Lebensgrundlage führt nicht selten sehr schnell zu massiven seelischen Belastungen (wie Depressionen, Selbstgefährdung, Hoffnungslosigkeit) und zu existentiellen Ängsten. Es geht dabei ja nicht "nur" um einen materiellen Verlust. Ein Wechsel aus der gewohnten und vertrauten Umgebung kann auch zum Verlust des Beziehungsnetzes und somit zu einer mindestens vorübergehenden "Heimatlosigkeit" führen. Ein Leben aus dem Koffer, verbunden mit der täglichen Frage: "Wo schlafe ich wohl heute Nacht?", ist für uns kaum vorstellbar.

Das Fehlen von Wohnraum stellt häufig alle übrigen Bemühungen zur sozialen Stabilisierung in Frage. Deshalb ist für Menschen mit Problemen eine befriedigende Wohnsituation von grosser Bedeutung. Der Teufelskreis, der durch den Zusammenhang "keine Arbeit ohne Wohnung - keine Wohnung ohne Arbeit" entsteht, ist bekannt.

Wie sind wir beim Sozialdienst mit den Wohnproblemen konfrontiert?

Waren es früher eher sozial randständige Menschen, die Mühe hatten, eine Wohnung zu finden, so ist heute eine viel breitere Schicht der sogenannten Normalen gefährdet, bei einem Wohnungsverlust zum Randständigen und/oder Sozialhilfefall zu werden. Ein aufmerksames Verfolgen des Wohnraummarktes zeigt die angespannte Lage nur allzu deutlich auf. Das Angebot ist knapper, exklusiv und für unsere Klientel finanziell kaum erschwinglich.

Oft haben unsere Klienten einen langen "Leidensweg" hinter sich, bis sie sich bei unserer Stelle melden. Eigene Bemühungen haben nicht zum Erfolg geführt, ebensowenig der Gang zu Ämtern und Behörden. So ist es für uns oft schwierig, den grossen, zum Teil unrealistischen Erwartungen solcher verzweifelter Menschen mit leeren Händen gegenüber treten zu müssen. Wir werden in solchen Situationen mit unseren eigenen Grenzen des Machbaren und mit Ohnmachtsgefühlen konfrontiert, oder wir werden zur Zielscheibe von aufgestauten Aggressionen. Vorwürfe wie "Asylant müsste man sein, um eine Wohnung zu erhalten", werden in letzter Zeit vermehrt auch bei uns geäussert.

Unser Sozialdienst verfügt selber über keine Wohnungen, die er weitervermitteln bzw. vermieten könnte. Deshalb müssen wir uns bei der Wohnungssuche auf Ausnahmefälle beschränken, was beispielsweise vorkommt, wenn wir für unsere Mündel Wohnraum benötigen. Bei unseren Vermittlungsbemühungen brauchen wir unsere ganze Ueberredungskunst. Doch ist auch diese oft umsonst, denn Vermieter reagieren häufig sehr ablehnend, sobald sie das Wort "Sozialdienst" hören.

Gelegentlich können wir jemanden in den Notzimmern des Vereins für Jugend- und Drogenfragen Glattal plazieren, dessen organisatorische Betreuung durch unsere Stelle erfolgt. Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass es nicht genügt, für sozial Randständige einfach ein Zimmer zur Verfügung zu stellen.

Gibt es mögliche Massnahmen?

Überall dort, wo über das Wohnungsproblem diskutiert wird, zirkulieren Sätze wie

- da sollte etwas getan werden
- neue Hilfsangebote sind nötig
- da sollte "man" handeln

Wer ist mit "man" gemeint und wie sollte gehandelt werden? Wenn genauer nachgefragt wird, sind es die andern, die handeln sollten. Und wenn es um den Standort eines Projektes geht, sollte dieser ja nicht in meiner nächsten Umgebung sein! Es werden einerseits neue Hilfsangebote zur Behebung der Wohnungsnot gefordert. Andererseits erfahren wir aber, dass überall gespart werden muss, dass die finanziellen Mittel fehlen.

Was das Geld betrifft, stellt sich uns die Frage, ob dies wirklich zutrifft. Erinnern wir uns an verschiedene Sammlungen der Glückskette. Da wurden jeweils innert kürzester Zeit Millionen Franken gespendet. Werden das Wohnungsproblem und das Schicksal der direkt Betroffenen zu wenig drastisch dargestellt? Fehlen die spektakulären Bilder, die Mitleid erwecken und das Portemonnaie öffnen?

Den Gemeinden werden Asylbewerber zugeteilt. Die Behörden müssen ihnen, meist sehr kurzfristig, Wohnraum zur Verfügung stellen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie weit die Gemeinden verpflichtet werden könnten, ihren Einwohnern Wohnraum zur Verfügung zu stellen, auch wenn das vorübergehende Notlösungen wären? Bei den Asylbewerbern klappt es immer irgendwie. Braucht es also Druck von oben?

Das von unserem Zweckverband bewilligte Wohnnetz für HIV-Betroffene, obdachlose Personen stellt einen ersten wichtigen und hilfreichen Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot dar. Zur Verbesserung des Wohnraumangebotes, sehen wir noch weitere mögliche Massnahmen, die innert nützlicher Frist realisierbar wären:

- Zwischenvermietung vorübergehend leer stehender Liegenschaften/Wohnungen
- Bereitschaft (evtl. Verpflichtung) von Liegenschaftsbesitzern und Verwaltungen, Benachteiligten Wohnraum zu vermieten
- Wiederherstellung von zweckentfremdetem Wohnraum (es gibt in unserem Bezirk zur Zeit genügend leer stehende Büroräume)
- Erwerb bestehender Liegenschaften durch die öffentliche Hand
- Abgabe von Mietzinsgarantien durch Fürsorgebehörden an Sozialdienste
- Koordination der Hilfe für Rand- und Problemgruppen und ihren Angehörigen
- besondere Wohnvermittlungsdienste für Benachteiligte

Mit den beiden letzten Vorschlägen kommen wir zu unserer

Vision einer Wohnraum - Wohnungstauschbörse

in unserem Bezirk. Sie könnte eine Art Wohnungsmarkt mit Angebot und Nachfrage im kleinen und gleichzeitig Koordinationsstelle im Bezirk sein.

Auf der einen Seite gehen Meldungen ein von:

- leerstehenden Häusern (zwecks Abklärung kurzfristiger Vermietungen)
- frei werdenden Wohnungen, Zimmern, Liegenschaften
- Tauschwilligen, die eine zu grosse Wohnung haben und eine kleinere möchten, und umgekehrt
- Angeboten für Zwischenvermietungen in Abbruchliegenschaften
- Wohnungs- und Zimmersuchenden
- usw.

Auf der andern Seite könnte die Wohnraumbörse u.a. Dienstleistungen anbieten wie:

- Weitervermittlung der Angebote an leeren Wohnungen, Zimmern oder "Tauschwohnungen" usw.
- Mithilfe bei der Erledigung von Formalitäten mit Vermietern usw.
- Verhandeln mit Vermietern bei Wohnungstausch
- Uebernahme von Betreuungsaufgaben bei Randständigen
- Verhandeln zwischen Konfliktparteien bei Streitigkeiten, Kündigungen usw.
- usw.

Aufgreifen möchten wir von diesen Möglichkeiten die Idee des Wohnungstausches. Wir glauben, dass viele Wohnungen unterbelegt sind. Es wohnen vielleicht ältere Ehepaare oder alleinstehende Betagte in für sie zu grossen Wohnungen. Da sie die Wohnungssuche, die Umtriebe mit Zügeln usw. scheuen oder nicht aus der vertrauten Umgebung, ihrem Dorf oder Quartier wegziehen möchten, bleiben sie in der angestammten Wohnung. Und daneben ist eine junge Familie, die wegen Nachwuchs dringend eine grössere Woh-

nung braucht. Sie findet keine, die ihren Bedürfnissen entspricht und für sie zahlbar ist. Für sie beide könnte eine Wohnungstauschbörse hilfreiche Dienste leisten.

Schlussgedanken

Wir alle sind aufgerufen - als Privatperson, PolitikerIn, LiegenschaftsbesitzerIn, WohnungsmieterIn - unsern Teil beizutragen, damit das anerkannte Grundbedürfnis **über Wohnraum zu verfügen** nicht mehr gefährdet ist, sondern für alle befriedigt werden kann. Es gilt, die Zahl der "Heimatlosen" in der eigenen Heimat, bzw. in unserem Bezirk, möglichst gering zu halten.

Und wie ist es mit unserer Vision? Wird es dabei bleiben oder entwickelt sich ein Projekt daraus? Haben Sie, liebe Leserinnen und Leser, auch eine Vision? Ihre Meinungen und Antworten interessieren uns.

Michael Galli, Charlotte Treu, Heinz Weber

Zahlen und Statistiken - was steckt dahinter?

Zahlen sind ein abstraktes Mittel, um die Arbeit unseres Sozialdienstes darzustellen. Sie vermögen Trends und Entwicklungen aufzuzeigen, ohne jedoch den Anspruch zu erheben, die geleistete Arbeit inhaltlich umfassend darzustellen.

Im Berichtsjahr 1991 nahmen insgesamt 429 Personen die Dienstleistungen des Sozialdienstes für Erwachsene in Anspruch; 347 Klienten im Rahmen von längerfristigen Beratungen und Betreuungen und 82 Personen durch Kurzberatungen. Von den 84 neu eingegangenen Langfristklienten entfielen 14 auf vormundschaftliche Mandate, 24 auf Personen mit Alkoholproblemen sowie 46 auf solche im Rahmen des freiwilligen Beratungsangebotes für verschiedene Probleme. Die 82 Kurzberatungsfälle umfassen ebenfalls verschiedene Probleme aus dem Sozialhilfebereich. Dazu kommen noch eine Anzahl statistisch nicht erfasster telefonischer Kurzkontakte.

Die neu errichteten **vormundschaftlichen Massnahmen** betreffen vorwiegend Menschen mit **chronischen psychischen Leiden**. Im **freiwilligen Klientenbereich** ist der Anteil von Personen mit **Suchtabhängigkeitsproblemen** sowie mit **finanziellen Schwierigkeiten** unvermindert hoch. Rund zwei Drittel der bearbeiteten Langfristfälle entfallen auf das freiwillige Hilfsangebot unseres Sozialdienstes, was die wichtige Bedeutung dieses Sektors der öffentlichen Sozialhilfe dokumentiert.

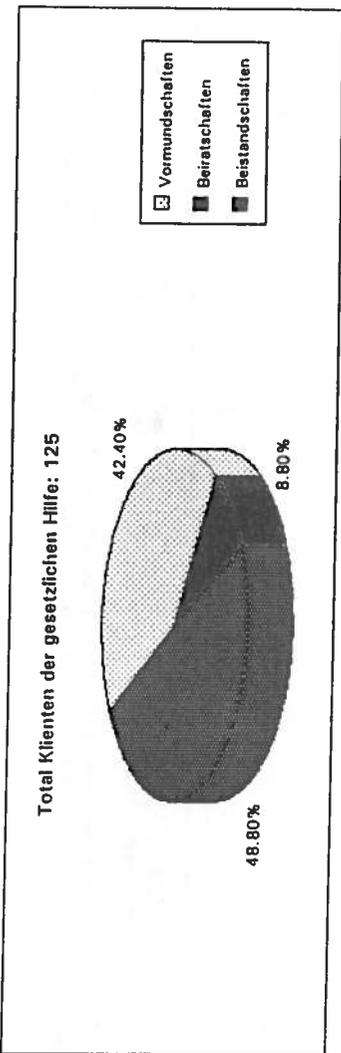
Spürbar zugenommen haben auch Problemsituationen im Zusammenhang mit **fehlendem Wohnraum** bzw. damit verbundener Obdachlosigkeit. Davon betroffen sind nicht nur sozial randständige Menschen. Immer häufiger melden sich sozial unauffällige Personen, die auf dem freien Wohnungsmarkt keine finanziell tragbare Unterkunftslösung mehr finden. Ganz allgemein hat sich die Entwicklung der vergangenen Jahre weiter verstärkt, wonach die Problemsituationen der durch unseren Sozialdienst begleiteten Klienten vielschichtiger werden. Die zu erarbeitenden Hilfsangebote werden zeitaufwendiger und komplexer. Diese Entwicklung stellt neue Anforderungen an die zu leistende Arbeit des Dienstes und erfordert eine stete Ueberprüfung und Anpassung der Arbeitsinhalte und beruflichen Fähigkeiten der MitarbeiterInnen.

Klientenstatistik 1991 im Gesamtüberblick

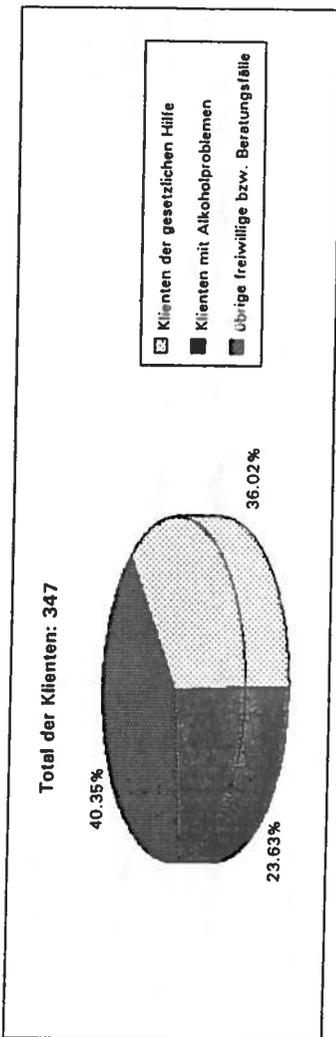
Klientenkategorie	Anfangsbestand 1.1.91	Neueingänge 1991	Abgänge 1991	Endbestand 31.12.91	Total behandelt	Kurzberatungen
A) Klienten der gesetzlichen Hilfe						
Vormundschaften	48	5	2	51	53 (48)	-
Beiratschaften	9	2	-	11	11 (10)	-
Beistandschaften	54	7	6	55	61 (62)	-
Total	111	14	8	117	125 (120)	-
B) Klienten mit Alkoholproblemen *)						
Kontrollfälle Fiaz (AMA/Rechtsdienst)	19	1	7	13	20 (30)	-
übrige Klienten	39	23	14	48	62 (63)	23
Total	58	24	21	61	82 (93)	23
C) übrige freiwillige, bzw. Beratungsfälle	94	46	51	89	140 (139)	59
Gesamttotal	263	84	80	267	347 (352)	82 (72)

*) ohne Klienten der gesetzlichen Hilfe
() Zahlen des Vorjahres

Vormundschaften 53
 Beiratschaften 11
 Beistandschaften 61
 Total Klienten der gesetzlichen Hilfe 125



Klienten der gesetzlichen Hilfe 125
 Klienten mit Alkoholproblemen 82
 Übrige freiwillige bzw. Beratungstätige 140
 Total 347



Klientenstatistik nach Gemeinden

Gemeinde	Einwohner 31.12.91	Bestand 1.1.91	Neueingänge 1991	Abgänge 1991	Bestand 31.12.91	Total behandelt	Kurzberatungen
Dübendorf	21'040	132	42	45	129	174 (170)	46 (38)
Egg	6'524	23	5	3	25	28 (24)	4 (3)
Greifensee	5'324	3	4	2	5	7 (11)	6 (7)
Maur	7'233	14	7	5	16	21 (21)	2 (3)
Mönchaltorf	3'542	5	1	1	5	6 (7)	2 (1)
Schwerzenbach	3'711	15	5	7	13	20 (18)	1 (1)
Volketswil	12'319	43	9	10	42	52 (65)	14 (13)
Wangen- Brüttisellen	4'835	24	11	5	30	35 (32)	3 (6)
andere		4	-	2	2	4 (4)	4 (-)
Total	64'528	263	84	80	267	347 (352)	82 (72)

Berücksichtigt sind diejenigen Klientenfälle mit mehr als 4 Stunden Zeitaufwand.
Die Kurzberatungen umfassen Klientenfälle mit einem Zeitaufwand bis 4 Stunden
() Zahlen des Vorjahres

Bei den im vergangenen Jahr behandelten 347 Klienten (ohne Kurzberatungen) bildeten folgende Problembereiche Gegenstand der Hilfe:

<u>PROBLEMBEREICHE /</u> <i>Aufgaben</i>	<u>Bei Anzahl Klienten /</u>	<u>in %</u>
ARBEITSPLATZ/ARBEITSLOSIGKEIT/ BERUF	92	26 %
EHE/PARTNERSCHAFT/ZUSAMMENLEBEN	59	17 %
EINSAMKEIT/ISOLATION	34	10 %
FINANZEN		
- Budgetberatung	43	12 %
- Lohn- und Rentenverwaltungen	132	38 %
- Schuldensanierungsbemühungen	27	8 %
- Vermittlung von Finanzen	76	22 %
- Vermögensverwaltungen	78	23 %
GEISTIGE BEHINDERUNG	18	5 %
HEIM/KLINIKPLAZIERUNGEN	47	14 %
KOERPERLICHE BEHINDERUNG/KRANKHEIT	41	12 %
PSYCHISCHE KRANKHEIT/PROBLEME		
- chronische psychische Behinderung	58	17 %
- vorübergehende psychische Probleme	30	9 %
SOZIALE VERWAHRLOSUNG	26	8 %
STERBEN/TOD	23	7 %
STRAFFAELLIGKEIT/STRAFVOLLZUG	13	4 %
SUCHTPROBLEME		
- Alkohol	82	24 %
- illegale Drogen	21	6 %
- Medikamente	2	1 %
- übrige Suchtmittel	6	2 %
WOHNEN/WOHNSITUATION	49	14 %
VERSCHIEDENE PROBLEMBEREICHE	12	3 %

Die Statistik berücksichtigt Mehrfachnennungen, da im einzelnen Klientenfall mehrere Probleme Gegenstand der Hilfe bilden können.

**Uebersicht über die Zuweisung der im Jahre 1991
neu gemeldeten 166 Klienten**

(berücksichtigt sind die 84 Langfrist- und die 82 Kurzfristber-
atungen)

<u>zuweisende Instanz</u>	<u>Anzahl Klienten</u>	<u>Prozentualer Anteil</u>
Aerzte/Gemeindeschwestern/ Spitäler/Kliniken	10	6 %
Amt für Administrativmass- nahmen im Strassenverkehr	1	1 %
Arbeitgeber/Drittpersonen	13	8 %
Andere Sozialdienste und Beratungsstellen/Pfarrämter	6	4 %
Fürsorgebehörden/Fürsorgeämter	15	9 %
Gemeindeverwaltungen/andere Amtsstellen/Betreibungsämter	5	3 %
Klient selbst/seine Angehörigen	102	61 %
Vormundschaftsbehörden	14	8 %
	—	—
Total	166 ===	100 % =====

Bei der Uebersicht über die Klientenzuweisungen zeigt sich die Vernetzung des Sozialdienstes mit anderen Institutionen. Fürsorge- und Vormundschaftsbehörden sind wichtige Arbeitspartner in unserer Arbeit, was sich auch im Bereich der Klientenüberweisungen zeigt. Hoch ist der Anteil der Klienten, die sich selbst beim Sozialdienst melden, um eine Hilfe in Anspruch zu nehmen. Es zeigt sich somit, dass der Sozialdienst für Erwachsene einem ausgewiesenen Bedürfnis im Bereich des freiwilligen Hilfeangebotes entspricht.

ABSCHREIBUNGSGRÜNDE bei Beratungs- und Betreuungsfällen

Im Berichtsjahr 1991 konnten 80 Klientenfälle (mit mehr als 4 Stunden Zeitaufwand) abgeschlossen werden.

Die Gründe für den Abschluss waren:

a) gesetzliche Fälle (Vormundschaften, Beiratschaften und Beistandschaften)

- Massnahmegründe sind entfallen	2	
- Tod	6	
- Wegzug	<u>0</u>	8

b) freiwillige Fälle

Problem konnte aus der Sicht des Klienten

- vollumfänglich	15	
- teilweise	13	
- nicht	1	

gelöst werden

- <i>Abschluss in gegenseitigem Einverständnis</i>		
- Klient wünschte keinen Kontakt mehr	10	
- Kontaktabbruch durch Klienten		
- Wegzug des Klienten	15	
- <i>Weitervermittlung an andere Stelle</i>		
- an andere Stelle verwiesen	2	
- Tod des Klienten	5	
- Umwandlung in eine gesetzliche Massnahme	<u>4</u>	65

c) Kontrollfälle FiaZ (Fahrausweisentzug)

- Massnahme wurde aufgehoben	6	
- Klient hat sich nicht mehr gemeldet	1	
- Klient hat sich nicht an Auflage gehalten	<u>0</u>	<u>7</u>

Total der abgeschlossenen Fälle 80

Geschlecht und Alter der Klienten

Von den im Jahre 1991 betreuten 347 Klienten (ohne Kurzberatungen) waren:

- 194 Männer (56%)
- 153 Frauen (44%)

Altersmässig verteilten sich die Klienten wie folgt:

20 - 30 jährig	21%
31 - 40 jährig	23%
41 - 50 jährig	23%
51 - 60 jährig	11%
61 - 70 jährig	12%
über 70 jährig	10%

Mitarbeit in Projekten und in der Suchtprävention

Verschiedene MitarbeiterInnen beteiligten sich im abgelaufenen Jahr in Projekten der Sozialhilfe und an Aufgaben mit suchtvorbeugender Zielsetzung. Es handelte sich dabei namentlich um:

- die Führung des Sekretariates Verein für Jugend- und Drogenfragen Glattal
- die Koordination und Verwaltung von sechs Notzimmern in Dübendorf (Trägerschaft Stadt und Kirchgemeinden Dübendorf und Verein Jugend- und Drogenfragen Glattal)
- die Mitarbeit in der regionalen Medienkampagne "Sucht hat viele Ursachen"
- die Mitarbeit beim Aufbau des Projektes Reinigungsdienst für Behinderte und Betagte für die Gemeinden Dübendorf und Schwerzenbach
- Durchführung verschiedener Informationstreffen mit Aerzteschaft aus dem Bezirk Uster betr. Zusammenarbeit bei Klienten mit Suchtabhängigkeitsproblemen

Ueberdies arbeiteten einzelne MitarbeiterInnen in regionalen und kantonalen sowie gemeinnützigen Gremien der Sozialhilfe mit.

Rechnungswesen/Finanzadministration

Ueber die Buchhaltung des Sozialdienstes wurde nebst der Verwaltungsrechnung für den Zweckverband der gesamte Rechnungsverkehr inklusive Vermögensverwaltung für die einzelnen Klienten abgewickelt. Im Jahre 1991 wurden 200 Buchhaltungen für Klienten geführt. Sowohl beim Geldfluss als auch beim verwalteten Wertschriftenvermögen von Mündern und Klienten war eine Umsatzzunahme von rund 10% bzw. 15% zu verzeichnen. Die von der Visura-Treuhandgesellschaft durchgeführten Kassenrevisionen sowie die zusätzliche Buchprüfung im Rahmen einer vertieften Revision bescheinigten eine gute und ordnungsgemässe Buchführung.

Die nachstehenden Angaben vermitteln einen Ueberblick über das Umsatzvolumen unserer Finanzadministration im Jahre 1991.

Zahlenspiegel

Postcheckverkehr

- Einnahmen	Fr. 3'441'374.--
- Ausgaben	Fr. 3'375'370.--

Kassaverkehr

- Einnahmen	Fr. 530'186.--
- Ausgaben	Fr. 519'144.--

Bankverkehr (ohne Bankverkehr Klienten)

- Einnahmen	Fr. 1'301'438.--
- Ausgaben	Fr. 1'266'284.--

Total verwaltetes Wertschriften-
vermögen für Klienten,

Stand 31.12.91

Fr. 6'655'368.--

Anzahl geführte Klientenbuch-
haltungen im Jahre 1991

200

Anzahl verarbeitete Rechnungs-
belege

10'450

Jahresrechnung 1991Aufwand

- Besoldungen, Sitzungsgelder Zweckverbandsorgane, Fortbildung, Stelleninse- rate, Spesen Personal u. Zweckverband	Fr.	715'449.30
- Kranken-, Personen- und Sozial- versicherungen	"	152'791.95
- Sachversicherungen	"	7'396.10
- Büromaterial, Geräte, Mobilien, EDV, Zeitschriften	"	64'887.25
- Porti, Telefon, Bank- und PC-Spesen	"	16'675.30
- Miete, Unterhalt, Reinigung, Strom	"	179'052.65
- Beiträge an Dritte, einmalige Unter- stützungsleistungen, Aufwendungen für Suchtvorbeugung und Projekte	"	22'931.30
- Verschiedene Verwaltungskosten	"	772.25
		<hr/>
<u>Total Aufwand</u>	<u>Fr.</u>	<u>1'159'956.10</u>

Ertrag

- Kapitalzinsen	Fr.	8'472.75
- verschiedene Einnahmen und Entgelte	"	43'082.60
- Staatsbeitrag aus Alkoholzehntel	"	100'160.--
		<hr/>
<u>Total Ertrag</u>	<u>Fr.</u>	<u>151'715.35</u>

Erfolgsrechnung

- Total Aufwand	Fr.	1'159'956.10
- Total Ertrag	"	151'715.35
		<hr/>

Betriebsaufwandüberschuss

(durch Zweckverbandsgemeinden zu decken)	Fr.	1'008'240.75
		=====

Betriebsinterner Jahresüberblick

Während des abgelaufenen Betriebsjahres waren keine Mitarbeiterwechsel zu verzeichnen. Ende April 1991 trat Herr Michael Galli, Praktikant der Schule für Soziale Arbeit, Zürich, in sein einjähriges Zweitpraktikum bei uns ein. Er wurde durch Frau Ch. Treu, verantwortliche Praktikumsleiterin, begleitet.

Die im November 1990 neu bezogenen Räumlichkeiten an der Bahnhofstrasse 42 in Dübendorf haben sich in jeder Hinsicht günstig auf den Betriebsablauf und die Mitarbeiterzusammenarbeit ausgewirkt. Der zentrale, gut zugängliche Standort wirkt sich positiv auf unsere Arbeit aus.

Die Aufgabenzunahme des Stellenleiters im Führungs- und Zweckverbandsbereich, verbunden mit der Bearbeitung neuer Aufgaben, bedingen dessen Entlastung in der Klientenarbeit und einer schrittweisen betrieblichen Reorganisation. Die durch die Delegiertenversammlung des Zweckverbandes bewilligte Stellenplanerweiterung hat die dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen.

Die Arbeitsabläufe und die interne Information im Rechnungswesen konnten durch Anpassungen im EDV-Bereich weiter verfeinert werden.

Alle MitarbeiterInnen nahmen an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen teil, um ihre berufliche und fachliche Kompetenz zu erweitern.

Aufsichtskommission/Delegiertenversammlung

Die Aufsichtskommission und die Delegiertenversammlung des Zweckverbandes traten im Jahre 1991 zu 5 bzw. 4 Sitzungen zusammen.

Aufsichtskommission

Nebst der Behandlung der statutarischen Geschäfte wie Vorschlag, Rechnung und Jahresbericht bearbeitete die Aufsichtskommission verschiedene fachliche, betriebliche und personelle Fragen.

Schwerpunkte der Kommissionsarbeit bildeten die Ausarbeitung eines Entwurfes für eine **neue Zweckverbandsvereinbarung**, die Teilnahme an der Vernehmlassung der Vorschläge des kantonalen Gemeindepräsidentenverbandes für eine **Dezentrale Drogen- und Randständigenhilfe** sowie die **Weiterbearbeitung des Wohnprojektes für aidsbetroffene Menschen**. Sie setzte eine Projektbegleitkommission unter dem Vorsitz von Herrn Dr. A. Diem, Vize-Präsident der Aufsichtskommission ein.

Im betrieblichen Bereich befasste sich die Aufsichtskommission insbesondere mit **Stellenplanfragen** für den Sozialdienst sowie mit der **Ueberführung der neuen Besoldungsverordnung** per 1.1.1992.

Die Visura-Treuhandgesellschaft, Zürich wurde anstelle der verbandseigenen Rechnungsprüfungskommission mit der Ausführung des zweimal jährlich durchzuführenden Kassasturzes beauftragt.

Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung behandelte nebst den statutarischen Geschäften verschiedene Sachgeschäfte von wichtiger Bedeutung. Das **Wohnprojekt für Aidsbetroffene** wurde definitiv zuhanden der Verbandsgemeinden verabschiedet. Alle Bezirksgemeinden inkl. Uster und Fällanden haben diesem Wohnprojekt zugestimmt, welches ab anfangs 1992 in die Aufbau- und Realisierungsphase tritt. Der von der Aufsichtskommission vorgelegte Entwurf für eine neue **Zweckverbandsvereinbarung** wurde zuhanden der Vernehmlassung in den Verbandsgemeinden verabschiedet. Die angestrebte neue **Verbandsvereinbarung** hat zum Ziel, in Anbetracht der gewandelten sozialen Aufgaben im Bereich der öffentlichen Sozialhilfe, durch den Zweckverband auch in Zukunft situationserfordernde Hilfen und Einrichtungen anzubieten. Die Delegiertenversammlung setzte sich intensiv mit den Vorschlägen für eine **Dezentrale Drogen- und Randständigenhilfe** auseinander und hat sich grundsätzlich dafür ausgesprochen, dass unser Zweckverband in diesem Bereich bei Bedarf Verantwortung übernehmen soll. Im betrieblichen Bereich behandelte die Delegiertenversammlung vorallem **Besoldungs- und Stellenplanfragen**.

Anlässlich des gemeinsamen Ausfluges mit den MitarbeiterInnen des Sozialdienstes besuchten die Mitglieder der Aufsichtskommission und der Delegiertenversammlung die kant. Drogenklinik Sonnenbühl in Brütten und liessen sich über die Arbeit und die Zielsetzung dieser Rehabilitationsstation orientieren.

.....und zum Schluss

In den Arbeitsinhalten des Sozialdienstes spiegeln sich gesellschaftliche und sozialpolitische Entwicklungen. Veränderte Anforderungen und Bedürfnisse an unsere Arbeit werden sichtbar. Die Zahl von Menschen, die sich nicht mehr innerhalb sozial anerkannter Grenzen bewegen, nimmt zu. Neue Sozialhilfeaufgaben sind zu bewältigen und zeichnen sich ab. Die Bereitstellung weiterer Hilfsangebote zugunsten randständiger Menschen wird in Zukunft eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Sozialhilfe bleiben. Unser Zweckverband als regionaler Träger ist herausgefordert, bei der Bewältigung dieser neuen Aufgaben ebenfalls Mitverantwortung zu übernehmen. Mit der in die Wege geleiteten Revision der Zweckverbandsvereinbarung hat er einen ersten wichtigen Schritt gemacht, sich dieser Herausforderung zu stellen.

Den Mitgliedern der Aufsichtskommission und der Delegiertenversammlung möchte ich für die im abgelaufenen Berichtsjahr geleistete aktive Mitarbeit, das Mitdenken und Mitgestalten an den Zielen und Strukturen unseres Sozialdienstes und des Zweckverbandes herzlich danken. Dieser Dank gilt insbesondere auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Dienstes, welche wiederum mit grossem Einsatz und viel Engagement mitgearbeitet und sich den vielfältigen Aufgaben angenommen haben.

M. Freiburghaus, Leiter

Mitglieder der Zweckverbandsorgane

a) Mitglieder der Aufsichtskommission

Präsident: Herr Herbert Geiger, Stadtrat,
Dübendorf

Vizepräsident: Herr Dr. Albert Diem, Gemeinderat,
Maur

Übrige Mitglieder: Herr Hansjürg Fels, Gemeinderat,
Volketswil

Frau Marianne Kälin, Mitglied der
Sozialbehörde, Mönchaltorf

Herr Dr. med. Jürg Niesper,
Egg

b) Mitglieder der Delegiertenversammlung

Präsident: Herr Eduard Meier, Gemeinderat,
Mönchaltorf

Vizepräsidentin: Frau Hilde Schmid, Gemeinderätin,
Schwerzenbach

Übrige Mitglieder: Frau Dorothee Fierz, Gemeinderätin,
Egg

Frau Marianne Giboulot, Gemeinderätin,
Maur

Frau Thérèse Girod, Gemeinderätin,
Volketswil

Frau Heidi Johner, Stadträtin,
Dübendorf

Herr Bernhard Keller, Gemeinderat,
Wangen-Brüttisellen

Herr Willy Mechler, Gemeinderat,
Volketswil

Herr Hans Müller, Stadtrat,
Dübendorf

Herr Werner Troxler, Gemeinderat,
Greifensee

Bezirksjugendkommission: Herr Paul Bachmann, Bezirksjugend-
sekretär, Uster

c) Sekretariat

Sekretär: Herr Max Freiburghaus,
Sozialdienst für Erwachsene

Persönliche Notizen und Bemerkungen:

